

Schwerpunktpapier der Bundesschülervertretung 2024/25



Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Digitalisierung und in diesem Zuge auch Künstliche Intelligenz sind weltweit schon lange kein Fremdwort mehr. Im Unterricht haben sie trotzdem noch nicht vollständig ihren Platz gefunden. Während in manchen Schulen der Umgang mit digitalen Medien und Endgeräten schon einen großen Schwerpunkt ausmacht, hinken viele hinterher.

Deutsch-Reifeprüfungen, die mit der Hand in Reinschrift geschrieben werden müssen, Klassen mit keinen Steckdosen und schwere Schulbücher sind für viele der Alltag. Andererseits muss auch beim Problem der exzessiven Handy- & Gerätenutzung von Kindern und Jugendlichen angesetzt werden. Diese beeinträchtigt nicht nur die Konzentrationsfähigkeit, eine übermäßige Nutzung kann sich auch auf die mentale Gesundheit von Schüler:innen auswirken.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § Die Einbindung der Bundesschülervertretung in Gremien, in denen bildungspolitische Entscheidungsprozesse stattfinden
- § Die flächendeckende Einführung an der Sekundarstufe I und II eines Tools, mit dem der Stundenplan inkl. Supplierplan eingesehen werden kann (bspw. WebUntis)
- § Einführung eines Tools, durch das jederzeit der aktuelle Notenstand eingesehen werden kann (bspw. LMS)
- § Ausstattung mit ausreichend Steckdosen in allen Klassenzimmern
- § Die Möglichkeit für jede:n Schüler:in Texte im Rahmen der schriftlichen Matura sowie der Schularbeiten der Abschlussklasse am Laptop zu verfassen
- § die Möglichkeit für jede:n Schüler:in an jeder Schule zu wählen, ob er:sie Geogebra und/oder einen Taschenrechner bei der schriftlichen Mathematik-Matura sowie allen Schularbeiten der Abschlussklasse verwenden möchte
- § Die Überarbeitung der Plattform Digi4School sowie die Entwicklung von "echten" digitalen und interaktiven Schulbüchern anstelle von PDF-Dokumenten, welche an den zukünftigen Lehrplan angepasst sind. Diese interaktiven Schulbücher sollen zusätzliche Funktionen wie interaktive Aufgaben, multimediale Inhalte und personalisierte Lernwege bieten, um den Unterricht noch praxisnaher und ansprechender zu gestalten.
- § eine Druckmöglichkeit für Schüler:innen an jeder Schule

- § gezielte Aus- & Weiterbildungen für Lehrkräfte, wie die Endgeräte ihrer Schüler:innen sowie Künstliche Intelligenz sinnvoll in den Unterricht integriert werden können
- § die flächendeckende Einführung eines digitalen Schüler:innenausweises
- § den Ausbau der KI-Pilotschulen auf alle Schulen Österreichs
- § Recht auf digitale Mitschrift ab der Sekundarstufe II
- § eine einheitliche schulinterne Plattform (bspw. Teams, Moodle, Outlook,...), auf der alle relevanten Unterrichtsmaterialien spätestens 1 Woche vor einer Schularbeit bzw. 3 Tage vor einem Test von den Lehrkräften hochgeladen werden müssen
- § den Ausbau der im 8-Punkte-Plan festgelegten WLAN-Verbindungen
- § für Schüler:innen zur Verfügung gestelltes Informationsmaterial zu Künstlicher Intelligenz
- § das Angebot von einem Kurs für den Computerführerschein ICTL in Form eines Freifaches

Individualisierung

Jede Schülerin und jeder Schüler hat individuelle Stärken, Talente und Interessen. In Klassenzimmern mit über 30 Personen, gehen diese leider oft unter. Aus diesem Grund muss Schule ein Ort sein, an dem auf andere Art & Weise, jede:r Schüler:in individuell gefördert werden kann. Das große Ziel soll sein, dass jede:r Schüler:in sein:ihr persönliches Potenzial ausschöpfen kann. Dafür muss sowohl bei den Entwicklungspotenzialen, als auch den persönlichen Talenten angesetzt werden.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § außerhalb von Unterrichtszeiten zu nutzen
- § die Konkretisierung der Leistungsbeurteilungsverordnung, insbesondere die genauere Definition der “Mitarbeit”, deren schriftlicher Kontrolle (beispielsweise in Form von Vokabelüberprüfungen) und Lernzielkontrollen
- § die Möglichkeit für Schüler:innen, sich in Freistun
- § niederschwellige Informationsangebote für Schüler:innen mit Lese-Rechtschreibschwierigkeiten bzw. deren Eltern, welche Möglichkeiten von Anpassungen für Prüfungen für sie existieren
- § verpflichtende Anpassungen für Schüler:innen mit allen Teilleistungsschwächen
- § die Ausweitung der Individuellen Lernbegleitung (ILB) auf alle Schüler:innen, die diese in Absprache mit der Lehrperson wahrnehmen sollten (beispielsweise bei einem starken Leistungsabfall), sodass es gar nicht erst zu einer Frühwarnung kommen muss
- § die Ausweitung und Förderung des Flexsystems (am Beispiel des Gymnasium Dachsberg sowie der HTL Andorf) auf alle Schulen in Österreich die Anpassung der Dauer der Unterrichtseinheiten gemäß §4/1 des SchZG, sowie die notwendige Überarbeitung des Lehrpersonendienstrechts zur rechtlichen Ermöglichung des Flexsystems Fort- & Weiterbildungen für Lehrpersonen zum Unterricht im Flexsystem
- § die Förderung der Modularen Oberstufe an allgemeinbildenden höheren Schulen verpflichtende Basismodule, um die Allgemeinbildung abzudecken und zu sichern
- Wahlmodule zur Förderung der individuellen Interessen und Talente, welche klassen-, stufen- und auch schulübergreifend abgehalten werden können am Beispiel der bereits existierenden Wahlpflichtfächer

- § die Einführung des Drehtürmodells an allen Schulen, sowohl um eigenständige Projekte in Betreuung einer Lehrperson durchführen, als auch einzelne Gegenständen in anderen Klassen besuchen zu können
- § die Einführung der “Bewegten Pause”, also der Beaufsichtigung von Turnsälen in allen Schulen
- § die Möglichkeit für Schüler:innen der Sekundarstufe II, Klassenräume auch den oder Pausen in eigens dafür bereitgestellten Ruheräumen zurückzuziehen und zu arbeiten. Dies kann ein Klassenraum oder auch eine Schulbibliothek sein.

Politische Bildung

Viele Jahre hat die österreichische Bevölkerung für die Demokratie und das Wahlrecht gekämpft. Nun besitzen wir es, doch nehmen es viel zu häufig als eine Selbstverständlichkeit hin. Die Wahlbeteiligung lässt zu wünschen übrig und auch das Vertrauen in die Politik sinkt insbesondere unter Jungen in erschreckenden Maßen. Aus diesem Grund ist eine besondere Schwerpunktsetzung in der Institution, die jede:r Bürger:in Österreichs einmal besuchen muss, so wichtig. Grundkenntnisse in der politischen Bildung, Medienkunde und die Fähigkeit, sich kritisch eine eigene Meinung bilden zu können, sollten mit einem Pflichtschulabschluss und vor allem der Matura wie selbstverständlich Hand in Hand einhergehen.

Mit 16 Jahren dürfen Jugendliche in Österreich schon wählen. Mit 16 Jahren sollen Jugendliche also eine fundierte Meinung bilden und ihre Stimme überlegt in der Wahlkabine abgeben können. Wir sehen die Schule in der Verantwortung, eine Grundlage dafür zu schaffen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § die Einführung von “Lehrpläne Sharp”-Broschüren, in denen die wichtigsten Eckpfeiler des Lehrplans kompakt zusammengefasst sind, die an Lehrpersonen geschickt werden
- § die Einführung eines eigenen Schulfaches “Politische Bildung und Medienkunde” zu je 1 Wochenstunde pro Semester ab der siebten Schulstufe
 - Der Unterricht soll für Aufklärung über den Staat Österreich, die Demokratie, Wahlen, sowie die EU-Institutionen genutzt werden.
 - Die Stunden vor den EU-, Nationalrats-, & Landtagswahlen sollen zur Aufklärung über die jeweiligen Wahlen genutzt werden.
 - In diesem Rahmen soll auch über Interessenvertretungen wie die Landes- und Bundesschülervertretung oder die österreichische Hochschüler:innenschaft aufgeklärt werden.
 - Die kritische Denkfähigkeit und der Demokratiewille sollen gestärkt werden, darunter fallen beispielsweise die Analyse von Wahlplakaten oder -videos, Wahlprogrammen oder Medienkompetenz
 - Die Umbenennung des Schulgegenstands “Geschichte und Politische Bildung” sowie die Anpassung des Lehrplanes auf das Fach “Geschichte”
- § der kostenlose Zugang zu Qualitätsmedien für alle Schüler:innen, bspw. via EduThek
- § die Veranstaltung einer großen Podiumsdiskussion pro Bundesland vor jeder EU-, Nationalrats- & Landtagswahl an der sich Klassen oder im Bedarfsfall auch einzelne interessierte Schüler:innen kostenlos anmelden können
- § mind. ein Besuch einer politischen Institution (Gemeinde, Land, Parlament) im Laufe der Sekundarstufe II

- § die Verbreitung der Zeitschrift “polis aktuell” innerhalb der Lehrpersonen für Politische Bildung

Wirtschafts- & Finanzbildung

Mit beiden Beinen im Leben stehen. Das ist das Ziel, das für viele zum Erwachsenwerden dazugehört. Ein nicht unwesentlicher Teil davon sind die Wirtschafts- und Finanzbildung. Der erste eigene Mietvertrag, ein fairer Arbeitsvertrag und der Steuerausgleich. All das sind Themen, die Jugendliche schneller nach Abschluss der Schullaufbahn betreffen, als sie es oft erahnen. Schule hat also die Aufgabe, diese wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Grundkompetenzen abzudecken.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § die Schaffung eines Unterrichtsgegenstandes “Wirtschafts- und Finanzbildung”, in dem in diese Branche eingeführt wird
- § die Möglichkeit, im Rahmen eines Wahlpflichtfaches an allgemeinbildenden höheren Schulen einen Kurs für die Absolvierung der Unternehmerprüfung der WKO zu besuchen, hier sollen die Module A, B, C und UP des Unternehmerführerscheines im Unterricht vorbereitet werden
 - Lehrpersonen, die dieses Wahlpflichtfach unterrichten, brauchen eine eigene Ausbildung.
- § das Angebot von einem Freifach zur weiteren Vertiefung in Wirtschafts- & Finanzbildung, in dem Themen wie Steuererklärungen, Mietverträge und auch Investitionsmöglichkeiten wie bspw. Aktien vertiefend behandelt werden
- § eine Exkursion zu einer wirtschaftlichen oder finanziellen Institution im Laufe der Sekundarstufe II im Rahmen des “Wirtschafts- und Finanzbildungs”-Unterrichts
- § die Bereitstellung von Self-Learning Materialien wie bspw. Factsheets, Websites, Bücher, Filme, Self-Learning-Plattformen,...
- § regelmäßige Aus-/ Fort- & Weiterbildungen für Lehrpersonen zur Wirtschafts- & Finanzbildung

Diplom- & Abschließende Arbeit (VWA)

“Das Klassenzimmer wird zum Zukunftslabor. Raum für Ideen, Raum für Neues.” Mit diesen Worten hat Bildungsminister Martin Polaschek vergangenen Juni die Reform der Vorwissenschaftlichen Arbeit, kurz VWA, zur abschließenden Arbeit angekündigt. Einige Monate später gibt es einige Punkte, die in diesem Kontext umgesetzt gehören. Einer davon ist die Evaluierung der Diplomarbeit, um den Unterschied der Maturen an AHS im Gegensatz zu BHS nicht zu stark zu erhöhen und niemanden zu benachteiligen.

Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:

- § standardisierte Beurteilungskriterien für die Abschließende Arbeit
- § ein konkreter Leitfaden, in dem alle Möglichkeiten der Abschließenden Arbeit erklärt und detailliert beschrieben sind
- § ein Fokus auf die Präsentation von Abschließenden Arbeiten und evtl ein anschließendes Defensio
- § die Einschulung von Begleitpersonen der Abschließenden Arbeit
- § Evaluierung der Diplomarbeit mit besonderem Fokus auf die folgenden Punkte
 - aktueller Beurteilungsbogen und Gewichtung der Teilbereiche
 - Art & Ausführung der Präsentation (zB Einführung eines Defensios)
 - Notwendigkeit der 180h-Vorgabe und deren Zeiterfassung
 - praxisnähere Diplomarbeit in Schultypen wie HAK, HLW oder auch BAFEP
 - Umfang der Dokumentation

unter der Voraussetzung, dass Änderungen keine Unterschiede der EQR- & NQR-Indexe hervorrufen

- § Vorbereitungskurse für VWA & Diplomarbeit
 - Einführung von verpflichtenden Vorbereitungskursen, um die Möglichkeiten der Abschließenden Arbeit zu erläutern, welche ein Jahr vor Abgabe stattfinden
 - Einführung von verpflichtenden Vorbereitungskursen zur VWA bzw. Diplomarbeit für ganze Klassen oder freiwilligen Vorbereitungsstunden, die gemeinsam mit der Betreuungsperson für die Diplomarbeit oder VWA durchgeführt werden